

**Kleine Anfrage Fraktion FDP/JF (Florence Schmid, JF/Simone Richner/Vivianne Esseiva, FDP): Schätzung der Minderkosten beim Zinsaufwand der Stadt Bern aufgrund des Wegfalls der Verrechnungssteuer auf Obligationen schweizerischer Körperschaften?**

Infolge der vom Bundesparlament beschlossenen Verrechnungssteuerreform wird auch die Stadt Bern beim Zinsaufwand entlastet. Weil die Verrechnungssteuer auf staatlichen Obligationen wegfällt, werden Anlegerinnen und Anleger bereit sein, entsprechende Papiere bei geringeren Renditen zu halten. In einer Szenarienanalyse der Eidg. Steuerverwaltung wird davon ausgegangen, dass die zu bezahlenden Zinsen öffentlicher Körperschaften durch den Wegfall der Verrechnungssteuer je nach Zinsniveau um 0.05, 0.1, beziehungsweise 0.15 Prozentpunkte geringer ausfallen. Daraus ergibt sich eine Verringerung des Zinsaufwands von schweizweit insgesamt 60 bis 200 Millionen Franken jährlich für die öffentlichen Körperschaften der Schweiz.

Diese Einsparungen der Stadt Bern beim Zinsaufwand bedeuten eine Entlastung unserer Steuerzahler:innen. Mit Blick auf eine allfällige Referendumsabstimmung zur Verrechnungssteuervorlage ist es entscheidend, dass die Stimmbürger:innen über die damit verbundenen lokalen Einspareffekte transparent informiert werden.

Eine entsprechende Schätzung kann direkt auf den Modellannahmen der Eidg. Steuerverwaltung aufbauen und ist somit ohne tiefergehende Studien mit verhältnismässig geringem Aufwand durchführbar. Die Berechnung soll auf Basis der Szenarienanalyse gemäss dem Bericht der Eidg. Steuerverwaltung vom 27. Juli 2021 erfolgen. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft-weiterfuehrende-links?AffairId=20210024>

Der Gemeinderat der Stadt Bern wird daher höflich um die Beantwortung folgender Frage gebeten: Wie hoch sind gemäss der Schätzung des Gemeinderats, die Minderkosten für die Stadt Bern, die sich aus der Verringerung des Zinsaufwands ergäben, falls die Verrechnungssteuer auf Obligationen gemäss Beschluss des Bundesparlaments vom 17. Dezember 2021 wegfällt (BBI 2021 3002, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/3002/de>)?

Bern, 23. Juni 2022

*Erstunterzeichnende: Florence Schmid, Simone Richner, Vivianne Esseiva*

*Mitunterzeichnende: Dolores Dana, Ursula Stöckli, Tom Berger*